

10.06.2008

Antrag

der Fraktion der SPD

Wohnraumförderung von Mietenstufen entkoppeln

I. Das aktuelle Indikatorensystem der Wohnraumförderung ist nicht mehr zeitgemäß

Die Wohnraumförderungsbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen legen fest, dass die Höhe der Förderung im sozialen Wohnungsbau in NRW sich an den vom Bund festgelegten Mietenstufen orientiert.

Dabei wird über die Mietenstufe sowohl festgelegt, wie hoch die Miete sein darf, die für eine Sozialwohnung höchstens verlangt werden darf, als auch die maximale Förderung je Quadratmeter.

Die Orientierung der Wohnraumförderung an Mietenstufen führt in der Konsequenz dazu, dass man als Investor in einer Stadt, mit niedrigerer Mietenstufe, sowohl weniger Förderung bekommt als auch später weniger Miete verlangen kann als in einer Stadt, die in eine höhere Mietenstufe eingruppiert ist. Investitionen werden damit in manchen Städten unattraktiver als in z. T. direkt benachbarten Städten.

Dabei sind Mietenstufen schon längst kein geeigneter Indikator mehr für Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Sie sind viel zu starr. Koppelt man die soziale Wohnraumförderung an die Mietenstufen, erschwert man den Kommunen die Möglichkeit, Wohnbautätigkeit in die Gebiete zu lenken, in denen sozialer Wohnungsbau erwünscht ist. In bestimmten Städten kann die Bautätigkeit im sozialen Wohnungsbau völlig zum Erliegen kommen, auch weil in den Nachbarstädten die Förderkonditionen attraktiver sind. Für die betroffenen Städte bedeutet dies, dass ihre Wohnungsbestände sich kaum verjüngen, dass es keine Möglichkeit gibt, über Modellprojekte neue Impulse zu setzen, dass damit auch die Investitionen in die Bestände immer weniger attraktiv werden. Eine Abwärtsspirale, die nur zu einer weiteren Verschlechterung der Marktlage führt, wird fast unausweichlich.

II. Die Enquetekommission zur Zukunft der Städte als Grundlage nehmen

Bereits die Enquetekommission zur Zukunft der Städte stellt in ihrem 2004 veröffentlichten Abschlussbericht fest, dass das System eines einheitlichen, projektbezogenen Landeswohnungsbauprogramms kritisch zu hinterfragen ist. Angesichts der sich zunehmend differenzie-

Datum des Originals: 10.06.2008/Ausgegeben: 10.06.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

renden Wohnungsmärkte seien die bisherigen landesweiten, einheitlichen Regelungen der Wohnungsbauförderung und der projektbezogenen Fördersätze nicht mehr ausreichend. Die Enquetekommission spricht sich für eine Regionalisierung der Wohnungspolitik aus, die eine den spezifischen Belangen und Anforderungen der regionalen Wohnungsmärkte passende Wohnraumförderung in kommunaler Verantwortung umsetzt.

Die Ablösung des Indikators "Mietenstufen" muss ein erster Schritt für eine Flexibilisierung der sozialen Wohnraumförderung in NRW sein. Neue Indikatoren sollten ergänzt werden um kommunale und regionale Wohnraumkonzepte, die eine wichtige Fördergrundlage darstellen sollten.

Ziel muss sein, die Kommunen wieder in die Lage zu versetzen, durch ein qualitativ hochwertiges Angebot an Wohnraum die Einwohner an sich zu binden - um die Verödung von Stadtquartieren zu verhindern, um Zersiedlung zu stoppen und um Infrastrukturen und Bestände nicht zu entwerten.

III. Beschluss

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- ein neues Indikatorensystem für die soziale Wohnraumförderung in enger Abstimmung mit den Kommunen und den Marktakteuren zu entwickeln. Dieses Indikatorensystem soll eine Grundlage für die Wohnraumförderungsbestimmungen 2009 werden.
- ein Förderprogramm aufzulegen, mit dem die Kommunen bei der Entwicklung kommunaler und regionaler Wohnraumkonzepte unterstützt werden. Hierzu können die Mittel aus der "Stiftung Wohnungsbau NRW" eingesetzt werden, deren Einrichtung die SPD-Landtagsfraktion gefordert hat.
- dem Landtag im Herbst 2008 über die Arbeitsfortschritte in diesen beiden Arbeitsfeldern zu unterrichten.

Hannelore Kraft
Carina Gödecke
Norbert Römer
Dieter Hilser
Monika Ruff-Händelkes

und Fraktion